

Strafprozessuale Revision

Eine Anleitung für Klausur und Praxis

von
Leander Bröbber, Christian Kunnes

9. Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2015

Verlag Franz Vahlen im Internet:
www.vahlen.de
ISBN 978 3 8006 4792 7

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

beck-shop.de

Brößler/Kunnes | Strafprozessuale Revision – Eine Anleitung für Klausur und Praxis

beck-shop.de

Strafprozessuale Revision

Eine Anleitung für Klausur und Praxis

von

Leander Brößler

Richter am Oberlandesgericht
Nebenamtlicher Arbeitsgemeinschaftsleiter

und

Christian Kunnes

Richter am Landgericht
Hauptamtlicher Arbeitsgemeinschaftsleiter

9., neu bearbeitete Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2015

beck-shop.de

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4792 7

© 2015 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
Umschlagkonzeption: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Kirrberg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Revisionsrecht hat in der praktischen Ausbildung für Referendarinnen und Referendare zwar nur geringe Bedeutung, in der Zweiten Juristischen Staatsprüfung spielt es dagegen eine ganz erhebliche Rolle. So haben in Bayern von den im Strafrecht zu fertigenden Aufgaben etwa ein Drittel der Klausuren revisionsrechtliche Themen. Der Referendar muss also damit rechnen, dass in der Zweiten Staatsprüfung eine der beiden strafrechtlichen Aufgaben eine Revisionsklausur ist.

Bei der Bearbeitung solcher Klausuren haben Referendare erfahrungsgemäß Schwierigkeiten, die sich insbesondere daraus ergeben, dass es während der Referendarzeit an der Möglichkeit fehlte, die erworbenen Kenntnisse umzusetzen und zu erproben. Daher habe ich versucht, das notwendige Wissen auch anhand von Beispielen und Fällen darzustellen. Deren Auswahl habe ich einerseits danach getroffen, welche Themenbereiche in Examensarbeiten immer wieder geprüft werden, zum anderen danach, welche Fragen Gegenstand der neueren Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs waren. Denn die im Anhang abgedruckte Auswertung der bayerischen Examensklausuren seit 1986 belegt, dass die aktuellen höchstrichterlichen Entscheidungen immer wieder Gegenstand revisionsrechtlicher Klausuren sind. Die Rechtsprechung zumindest im letzten Jahr vor dem Examen zu verfolgen, ist dringend zu empfehlen.

Um die Vorbereitung auf das Examen zu erleichtern, wurden neben den Hinweisen auf weiterführende Literatur sowie Fundstellen der Rechtsprechung auch Prüfungs- und Aufbau-schemata sowie Formulierungsvorschläge eingearbeitet. Den Abschluss bildet eine vollständige Revisionsklausur; hier sollte – wie auch bei den Fällen und Beispielen der ersten Kapitel – zunächst versucht werden, die Aufgabe selbst zu bearbeiten, um anschließend das eigene Ergebnis anhand der Lösung zu kontrollieren.

Für Verbesserungsvorschläge bin ich stets dankbar.

München, im Februar 2015

Christian Kunnes

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XI
1. Kapitel. Grundzüge und Wesen der Revision	1
A. Die Revision als Rechtsinstanz	1
B. Revisionsgericht	2
C. Ablauf des Revisionsverfahrens	2
2. Kapitel. Zulässigkeit der Revision	5
A. Statthaftigkeit	5
I. Grundsätze	5
II. Übergang von der Berufung zur Revision und »unbenannte« Rechtsmittel	6
B. Einlegungsberechtigung und Beschwer	7
I. Berechtigung zur Einlegung der Revision	7
II. Beschwer	7
C. Frist, Form und Inhalt der Revisionseinlegung	8
I. Frist	8
II. Form und Inhalt	9
D. Frist, Form und Inhalt der Revisionsbegründung	10
I. Frist	10
II. Form und Inhalt	12
E. Keine Rechtsmittelrücknahme und kein Rechtsmittelverzicht	13
I. Rücknahme- und Verzichtserklärung	13
II. Wirkungen von Rücknahme oder Verzicht	15
F. Zusammenfassung und Prüfungsschema	15
3. Kapitel. Inhalt der Revisionsbegründung	17
A. Grundsätze	17
B. Revisionsantrag und Beschränkung der Revision	17
I. Antrag	17
II. Beschränkbarkeit der Revision	18
C. Ausführungen zu von Amts wegen zu beachtenden Verfahrenshindernissen	20
I. Überblick	20
II. Sachliche Zuständigkeit	21
III. Wirksame Anklage und Eröffnungsbeschluss	23
IV. Strafantrag	27
V. Verjährung	27
VI. Entgegenstehende Rechtshängigkeit und entgegenstehende Rechtskraft (»Strafklageverbrauch«); Verstoß gegen § 331 I StPO	28
D. Rügearten	30
I. Abgrenzung Sach- und Verfahrensrüge	30
II. Beruhen des Urteils auf der Gesetzesverletzung	32
III. Ausschluss von Verfahrensrügen; Rügeverlust	34
E. Einzelheiten zur Verfahrensrüge	36
I. Grundsätze	36
II. Protokoll und Freibeweisverfahren beim Vortrag und Nachweis von Verfahrensfehlern	38
III. Verfahrensrüge bei absoluten Revisionsgründen	42
1. Verstoß gegen das Gebot des gesetzlichen Richters (§ 338 Nr. 1 StPO)	42
2. Mitwirkung eines ausgeschlossenen oder befangenen Richters (§ 338 Nr. 2, 3 StPO)	43

3. Fehlende Zuständigkeit (§ 338 Nr. 4 StPO)	46
4. Verletzung von Anwesenheitsvorschriften (§ 338 Nr. 5 StPO)	47
a) Abwesenheit des Staatsanwalts oder des Urkundsbeamten	47
b) Verhandeln ohne den Angeklagten	48
c) Verhandeln ohne den Verteidiger	52
5. Verletzung des Grundsatzes der Öffentlichkeit (§ 338 Nr. 6 StPO)	53
6. Fehlende oder verspätete Urteilsgründe (§ 338 Nr. 7 StPO)	55
7. Unzulässige Beschränkung der Verteidigung (§ 338 Nr. 8 StPO)	56
IV. Fehler außerhalb der Hauptverhandlung, vor allem im Ermittlungs- und im Zwischenverfahren	57
1. Gesetzesverletzungen durch das Gericht	57
2. Gesetzesverletzungen durch Ermittlungsbehörden	59
a) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei der Beschuldigtenvernehmung	59
b) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei der Überwachung der Telekommunikation (§§ 100a, 100b StPO)	63
c) Verwertungsverbote bei der Wohnraumüberwachung und beim Abhören außerhalb von Wohnungen	66
d) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei Durchsuchung und Beschlagnahme	66
e) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei der Blutentnahme	70
f) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei Zeugenvernehmungen	70
g) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern beim Einsatz eines Verdeckten Ermittlers oder eines V-Mannes	70
V. Fehler in der Hauptverhandlung	72
1. Unterlassene oder fehlerhafte Feststellung der Personalien des Angeklagten	72
2. Unterlassene Verlesung der Anklage	72
3. Unterlassene oder fehlerhafte Belehrung des Angeklagten über seine Rechte	73
4. Fehler bei der Mitwirkung eines Dolmetschers	74
5. Fehler bei der Vernehmung des Angeklagten zur Sache	74
6. Fehler in Zusammenhang mit der durchgeführten Beweisaufnahme	75
a) Fehler bei der Einnahme eines Augenscheins	75
b) Fehler bei der Verlesung von Urkunden	76
aa) Allgemeines	76
bb) Urkundenbeweis und Verwertungsverbote in Bezug auf frühere Aussagen des Beschuldigten	77
cc) Urkundenbeweis und Verwertungsverbote in Bezug auf sonstige schriftliche Erklärungen des Beschuldigten	79
dd) Urkundenbeweis und Verwertungsverbote in Bezug auf frühere Aussagen von Zeugen	79
ee) Vorhalte	82
ff) Urkundenbeweis in Bezug auf Erklärungen von Behörden, Sachverständigen oder Ärzten (§ 256 StPO)	82
c) Fehler in Zusammenhang mit Zeugenvernehmungen	83
aa) Fehler bei der allgemeinen Zeugenbelehrung	83
bb) Fehler in Zusammenhang mit Aussageverweigerungsrechten	83
cc) Fehler in Zusammenhang mit Auskunftsverweigerungsrechten	86
dd) Fehler in Zusammenhang mit der Vernehmung des Zeugen zur Sache	87
ee) Fehler in Zusammenhang mit der (Nicht-)Vertheidigung von Zeugen	87
ff) Fehler in Zusammenhang mit der Vernehmung von Verhörpersonen	88
d) Fehler in Zusammenhang mit der Anhörung eines Sachverständigen	92
7. Verletzung der Aufklärungspflicht	93
8. Fehlerhafte Zurückweisung von Beweisanträgen	95
9. Präsenze Beweismittel	100
10. Unterlassener Hinweis nach § 265 StPO	101

11. Schlussvorträge und letztes Wort	103
12. Beratung	104
13. Absprachen	105
a) Zustandekommen einer Verständigung	105
b) Möglicher Inhalt einer Verständigung	107
c) Mitteilungs- und Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit der Verständigung	109
aa) § 243 IV StPO	109
bb) Das Negativattest in § 273 Ia 3 StPO	113
cc) § 267 III 5 StPO	114
d) Verständigung, Aufklärungspflicht und verfahrensrechtliche Position des Angeklagten	114
e) Reichweite der Bindung und Verwertbarkeit eines Geständnisses	115
F. Revisionsrügen in Bezug auf Fehler des Urteils	117
I. Grundsatz	117
II. Angriffe gegen Form und Aufbau des Urteils	117
III. Widersprüche innerhalb des Urteils bzw. zwischen verkündetem und schriftlichem Urteil	118
IV. Angriffe gegen die Sachverhaltsfeststellung	119
1. Allgemeines	119
2. Verwertung nicht in die Verhandlung eingeführter Umstände	120
V. Angriffe gegen die Beweiswürdigung	121
1. Allgemeines	121
2. Verwertungsverbote	123
3. Fehlerhafte Anwendung des Grundsatzes »in dubio pro reo«	125
VI. Angriffe gegen die rechtliche Würdigung	125
VII. Angriffe gegen die Strafzumessung	127
G. Besonderheiten der Nebenklägerrevision	131
H. Revisionen bei besonderen Urteilsarten	132
I. Revision gegen ein Urteil im beschleunigten Verfahren	132
II. Revision gegen ein nach einem Strafbefehl ergangenes Urteil	133
III. Revision gegen ein Berufungsurteil	135
4. Kapitel. Prüfungsumfang und Entscheidung über die Revision	137
A. Prüfungsreihenfolge	137
B. Prüfung der Zulässigkeit der Revision und der Verfahrensvoraussetzungen	137
C. Prüfung der Verfahrensrügen	138
D. Prüfung aufgrund der Sachrüge	138
E. Entscheidung über die Revision	138
I. Entscheidung nach Rücknahme der Revision	138
II. Verwerfung durch Beschluss als unzulässig (§§ 346, 349 I StPO)	138
III. Einstellung oder Verweisung durch Beschluss	139
IV. Entscheidung über die Begründetheit durch Beschluss (§ 349 II, IV StPO)	139
V. Entscheidung aufgrund einer Hauptverhandlung	140
VI. Aufbau der Entscheidungsgründe	144
VII. Besonderheiten	145
1. Bindung an die Revisionsentscheidung, Verschlechterungsverbot	145
2. Teilweise Aufhebung der Feststellungen (doppelrelevante Tatsachen)	145
3. Erstreckung (§ 357 StPO)	146
4. Anhörungsrüge (§ 356a StPO)	146
5. Kapitel. Anhang	147
A. Revisionsklausuren: Typen und Themen	147
I. Aufgabentypen	147
II. Klausurthemen	147

B. Aufbauschemata	151
I. Gutachten nach eingelegter, aber noch nicht begründeter Revision	151
II. Fertigen einer Revisionsbegründungsschrift	152
III. Gutachten nach eingelegter und begründeter Revision	153
C. Klausur »Revision«	154
I. Zulässigkeit der Revisionen	159
II. Prüfung der Verfahrensvoraussetzungen	160
III. Prüfung des Verfahrens	160
1. Vernehmung des Zeugen Hans Kleiner	160
2. Vernehmung des Zeugen Braun	160
a) Verstoß gegen den Unmittelbarkeitsgrundsatz	160
b) Gesetzesverletzung infolge Missachtung eines nach Verstoß gegen § 136 I 2 StPO bestehenden Verwertungsverbots	160
c) Verstoß gegen § 254 StPO	161
d) Gesetzesverletzung infolge Nicht-Vertheidigung des Zeugen Braun	161
3. Vernehmung des Zeugen Dr. Gelder	162
a) Verstoß gegen den Unmittelbarkeitsgrundsatz	162
b) Gesetzesverletzung infolge Missachtung eines aus § 252 StPO herzuleiten- den Verwertungsverbots	162
c) Gesetzesverletzung infolge Missachtung eines Verwertungsverbots nach Unterlassen der Benachrichtigung gemäß § 168c V StPO	162
d) Verwertungsverbot infolge des Unterlassens einer Verteidigerbestellung für die ermittelungsrichterliche Vernehmung des Zeugen Hans Kleiner	163
e) Nicht-Vertheidigung des Zeugen Dr. Gelder	164
4. Verlesung des Tagebuchs	164
a) Verstoß gegen den Unmittelbarkeitsgrundsatz	164
b) Gesetzesverletzung infolge Missachtung grundgesetzlicher Verwertungs- verbote	164
5. Vernehmung der Zeugin Eva Kleiner	165
6. »Zwischenverfahren« und fehlender Hinweis über das Beweisergebnis	165
7. Vernehmung des Sachverständigen Prof. Dr. Grüner	166
8. Zwischenergebnis	166
IV. Prüfung auf sachlich-rechtliche Fehler	166
1. Sachverhaltsfeststellungen und Beweiswürdigung	166
2. Rechtliche Würdigung	167
a) Verurteilung wegen vorsätzlicher Körperverletzung	167
b) Nicht-Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung	167
c) Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung	167
d) Nicht-Verurteilung wegen Körperverletzung mit Todesfolge	168
e) Nicht-Verurteilung wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts	168
f) Konkurrenzen	168
V. Ergebnis	169
Sachverzeichnis	171